

USA - Erlassjahr 2015?

Washingtons erodierende Vorherrschaft und der Kreuzzug zum Erhalt der Dollarhegemonie

von Jürgen Wagner

Teil I: Aufbau und Konsolidierung der US-Hegemonialordnung

„Es ist unsere Währung, aber euer Problem.“ - John Connally, Finanzminister unter Richard Nixon

«Schuldest du der Bank \$100, ist das dein Problem. Schuldest du der Bank \$100 Millionen, ist es das Problem der Bank» - J. Paul Getty, US-Industrieller (1892-1976)

„Der ökonomische Imperialismus brachte manche seltsamen und teils fast unverständlichen Phänomene hervor. Aber niemals zuvor hat es eine bankrotte Nation gewagt, darauf zu bestehen, dass ihre Insolvenz zum Fundament der Weltökonomie wird.“ - Michael Hudson, ehemaliger Analyst der Chase Manhattan Bank

USA - Pleite aber mächtig

Die USA sind ein Koloss auf tönernen Füßen, dessen weltweite Vormachtstellung zunehmend brüchig wird. Diese Feststellung speist sich nicht nur aus dem militärischen Debakel im Irak, sondern vor allem aus der Erkenntnis, dass die ökonomischen Grundlagen für Washingtons Hegemonialposition erodieren.¹

Betrachtet man allein die makroökonomischen Daten, sind diese tatsächlich verheerend. Als Erstes zu nennen ist dabei das gigantische Handelsbilanzdefizit, was bedeutet, dass die USA deutlich mehr Produkte importieren als exportieren. Während sich dieses Handelsbilanzdefizit 1992 noch auf vergleichsweise harmlose \$39 Mrd. belief, stieg es schon während der Amtszeit Bill Clintons bedrohlich auf \$378,272 Mrd. im Jahr 2000. Unter George W. Bush setzt man inzwischen jährlich zu neuen „Höhenflügen“ an, sodass sich das Handelsbilanzdefizit mit \$723,616 Mrd. im Jahr 2005 nochmals beinahe verdoppelt hat.²

Da diese Lücke zwischen Importen und Exporten primär in Form von Schuldscheinen (Staatsanleihen) gedeckt wird, ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich der US-Schuldenberg analog zum Handelsbilanzdefizit entwickelte. Washingtons Verbindlichkeiten haben sich seit 1992 (ca \$4 Billionen) auf nunmehr offiziell

etwa \$8,3 Billionen ebenfalls mehr als verdoppelt.³ Da in der offiziellen Zahl die Deckungslücke der sozialen Sicherungssysteme ebenso wenig Berücksichtigung findet, wie die der öffentlichen Krankenversicherung (Medicare) und einer Reihe weiterer Posten, liegt die tatsächliche Verschuldung laut dem Jahresreport des US-Finanzministeriums um ein Vielfaches höher, nämlich bei \$46 Billionen im Jahr 2005 (\$20 Billionen im Jahr 2000).⁴ Die amerikanische Zahlungsfähigkeit steht angesichts solcher Daten nicht einmal mehr in Frage, sie ist nicht mehr gegeben, jedes andere Land wäre in einer vergleichbaren Situation bankrott.⁵

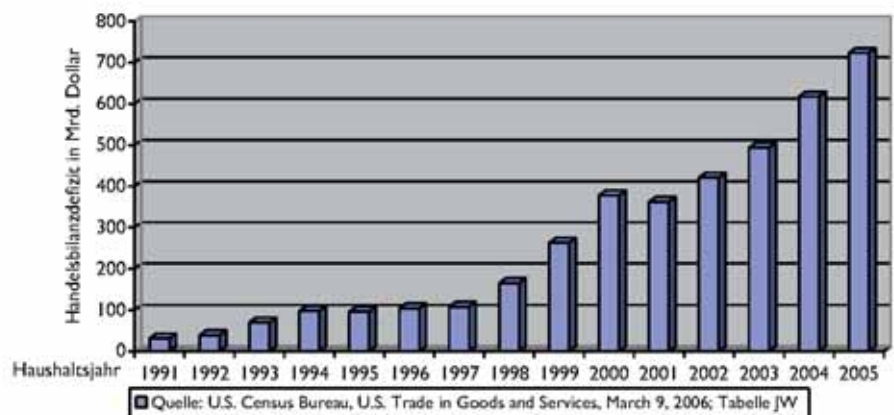
Als Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung dieses Defizits werden vor allem massive Steuererhöhungen und eine drastische Reduzierung der US-Militärausgaben genannt, wobei ins Auge sticht, dass die Bush-Administration sich diese Vorschläge lediglich insofern zu Herzen nimmt, als dass sie als Anleitung fungieren, das genaue Gegenteil zu unternehmen. So beschloss man nicht nur gigantische Steuererleichterungen für Amerikas oberste Einkommensschichten, sondern erhöhte auch seit Amtsantritt massiv den Militärhaushalt von \$294.5 Mrd. im Jahr 2000 auf \$562 Milliarden (Antrag für das Haushaltsjahr 2006).⁶ Berücksichtigt man, dass die Bush-Administration mit hoher Wahrscheinlichkeit nochmals zusätzliche Gelder für den „Krieg gegen den Terror“ benötigen wird, ergibt sich hieraus, dass das Pentagon-Budget damit

- trotz Schuldenberg und Handelsdefizit - höher liegt, als während des gesamten Kalten Krieges (siehe Grafik). Dies zeigt, welch beispielloses Militarisierungsprogramm Washington in Gang gesetzt hat. Nicht von ungefähr nehmen deshalb die Cassandra-Rufe in jüngster Zeit zu. Lawrence Summers, ehemaliger US-Finanzminister unter Bill Clinton, bescheinigte der Bush-Administration unlängst, sie steuere auf die „Gesicherte Fiskalische Vernichtung“ zu.⁷

Die Apologeten des US-Untergangs stehen dabei in krassem Widerspruch zu der offensichtlichen Sorglosigkeit der Bush-Administration, die munter ihr Militarisierungsprojekt betreibt und darauf setzt, dass das hieraus entstehende Defizit auch weiterhin durch Schuldscheine vom Rest der Welt finanziert wird. Ausgerechnet George W. Bushs ehemaliger Finanzminister Paul O'Neill fungiert als Kronzeuge, indem er unbewusst aufschlussreiche Einblicke in die Denkweise der Bush-Administration lieferte. Als er sich während seiner Amtszeit gegen weitere Steuersenkungen aussprach, da diese das ohnehin erhebliche US-Defizit weiter vergrößern würden, wurde er von Vizepräsident Dick Cheney folgendermaßen belehrt: „Weißt du Paul, Reagan hat bewiesen, dass Defizite nicht von Bedeutung sind.“⁸

Die Tragweite dieses Satzes kann nicht überschätzt werden, denn der gesunde Menschenverstand, wie auch die „Ökonomie lehren uns, dass Staaten, die - konventionell ausgedrückt - aufgrund nicht tragfähiger Handelsbilanz- und Staatsdefizite über ihre Verhältnisse leben, schließlich dazu gezwungen sein werden, sich ‚anzupassen‘.“⁹ Sprich, irgendwann sollte eigentlich der Punkt erreicht sein, an dem das Ausland nicht mehr bereit ist, diese Verschuldung durch den Kauf faktisch wertloser Staatsanleihen zu finanzieren. Umso mehr, da die Verei-

Höhenflug: Das US-Handelsbilanzdefizit 1991-2005



nigten Staaten mehr oder weniger unumwunden zugeben, ihre Schulden niemals zurückzuzahlen, wozu sie im Übrigen, wie bereits erwähnt, ohnehin nicht in der Lage wären.¹⁰

Angesichts dieser Situation bestehen für die USA nur zwei Möglichkeiten, auf die Erosion der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu reagieren: Entweder man kürzt radikal das Militärbudget, was aber zur Folge hätte, dass die USA ihren Anspruch auf globale Vorherrschaft - die erklärtermaßen Ziel sämtlicher US-Strategiepapiere ist - aufgeben und somit den Aufstieg anderer Großmächte akzeptieren müssten¹¹ oder man beschließt, kriegsgerisch jeglichen antihegemonialen Tendenzen zu begegnen. Cheneys Aussage ist ein deutliches Zeichen, dass sich die Vereinigten Staaten für die zweite Option entschieden haben. Und tatsächlich lässt sich mit einiger Plausibilität argumentieren, dass die beispiellose Militarisierung der US-Außenpolitik seit den Anschlägen des 11. September und der „Krieg gegen den Terror“ im Kern nichts anderes ist, als ein Kreuzzug zum Erhalt der Dollar-Hegemonie und damit für Washingtons Verschuldungsstrategie, die das Fundament der US-Vorherrschaft bildet. Augenblicklich zeigt sich jedoch immer deutlicher, dass dieser Versuch ins Gegenteil umschlägt, indem hierdurch anti-hegemoniale Kräfte weiter gestärkt werden.

Um dies zu begründen, wird im ersten Teil dieses Beitrags die Entstehung der US-Hegemonialordnung nach dem Kalten Krieg, sowie die weit reichenden Umstrukturierungen der 70er Jahre beschrieben. Besonders soll dargestellt werden, dass der zunehmende Militarismus der USA eine wachsende Verschuldung nach sich zog, die eine radikale Veränderung des Weltfinanzsystems erforderte, in deren Zentrum die Abrechnung von Öl in Dollars steht, die dem Dollar seine Funktion als Weltleitwährung garantiert. Hierdurch wurde eine Art modernes Tributsystem etabliert, in dem die Vasallen (Europa, Japan, China...) zur Finanzierung der US-Defizite gezwungen werden.¹²

Im zweiten Teil wird aufgezeigt, dass diese Dollarhegemonie insbesondere durch die Einführung des Euro zunehmend in Gefahr gerät und ohne die Öl-Dollar-Fakturierung kaum mehr aufrecht zu erhalten wäre. Aus diesem Grund stellt die Beibehaltung dieses Abrechnungssystems, das von mehr und mehr Ländern in Frage gestellt wird, eine wesentliche Triebfeder der US-amerikanischen Kriegspolitik der letzten Jahre auch und gerade für die aktuelle, aggressive Politik

gegenüber dem Iran dar. Die Massenmedien versuchen dieses Thema entweder zu ignorieren oder, wie der *Spiegel*, ins Lächerliche zu ziehen. Es handele sich lediglich um eine „Legende“ verquaster Konspirationstheoretiker, sie sei „höflich gesagt, nicht plausibel.“¹³ Auch wenn man sich vor monokausalen Erklärungen hüten sollte, gibt es aber dennoch triftige Gründe, die dafür sprechen, dieser „Legende“ mehr Beachtung zu schenken. Abschließend soll dargelegt werden, dass trotz - oder gerade wegen - der verstärkten militärischen Anstrengungen eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Dollarhegemonie und damit die US-Vormachtstellung weiter erodiert. In diesem Zusammenhang soll insbesondere auch die Perspektive, den Euro als progressives Gegenmodell zu etablieren, kritisch bewertet werden.

Der Aufbau der US-Hegemonialordnung nach dem Kalten Krieg

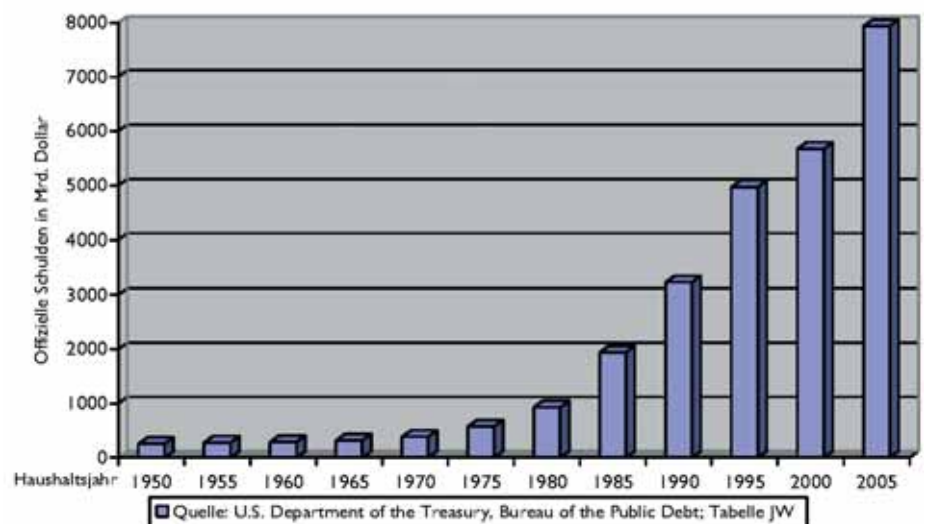
Zynisch gesagt, der Zweite Weltkrieg ist für die USA überaus erfolgreich verlaufen. Sie gingen aus ihm als mit weitem Abstand führende Wirtschafts- und Militärmacht der Welt hervor, u.a. verfügten sie über 60% der weltweiten Goldvorräte.¹⁴ Verständlicherweise waren sämtliche US-Entscheidungsträger bestrebt, diese ökonomische Spitzenposition zu erhalten. Die hierfür gewählte Expansionsstrategie bewirkte zwar genau das Gegenteil, deckte sich aber wiederum mit den Ambitionen der radikalsten Vertreter der US-Elite, deren vorrangiges Interesse in der militärischen Festigung der weltweiten Vormachtstellung und letztlich der Errichtung eines US-Imperiums lag.¹⁵

Nach 1945 stellte sich zuvorderst die Frage, wie angesichts des Truppenabbaus von 12 auf 1,5 Millionen Soldaten und

der radikalen Kürzung des Verteidigungshaushaltes von \$90 auf \$10 Mrd. ohne diesen wirtschaftlichen Stimulus weiterhin Vollbeschäftigung und Prosperität gesichert werden konnten: „Ein Anliegen, das alle Gruppen in den Vereinigten Staaten teilten, war es, eine neuerliche Nachkriegsdepression, ausgelöst von der Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, zu verhindern. 1945 gab es einen Konsens, dass 60 Millionen Jobs für eine Vollbeschäftigung erforderlich waren. In Abwesenheit einer entsprechenden Nachfrage, die genügte, um diese Stellen zu schaffen ... hätte es einen Linksruck in der amerikanischen Politik geben können.“¹⁶

Schon 1944 stellte der spätere US-Außenminister Dean Acheson fest, dass die USA „Vollbeschäftigung und Prosperität nicht ohne ausländische Märkte erlangen können.“¹⁷ Somit war die Öffnung ausländischer Märkte für amerikanische Produkte das zentrale Ziel der Bretton-Woods-Verhandlungen im Jahr 1944, bei denen Acheson als US-Delegationsführer eine ebenso zentrale Rolle spielte, wie später bei der Entwicklung der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans, mit denen dieselbe Absicht verfolgt wurde. „Das Bretton Woods System folgte einem klaren Regelsystem: Goldbindung des US-Dollar, Bindung aller beteiligten Währungen mit fixen Kursen an den US-Dollar, Herstellung der Konvertibilität der Währungen, ein Mechanismus zur Finanzierung von Defiziten der Zahlungsbilanz. Der Kurs des US\$ wurde mit 35 \$ je Feinunze bereits 1934 festgelegt, in Bretton Woods bestätigt und bis zum August 1971 (für offizielles Gold) beibehalten.“¹⁸ Der Dollar wurde hierdurch zur Weltleitwährung, zum allgemein anerkannten internationalen Zahlungsmittel, das jeder Staat benötigt, um Geschäfte zu tätigen.

Der Anstieg des US-Schuldenberges 1950-2005



Solange die US-Währung in Gold umgetauscht werden konnte, bestanden für ausländische Zentralbanken auch keine Schwierigkeiten große Dollarbestände zu horten, da sie ja jederzeit wieder in einen Realwert umgewandelt werden konnten.

Das Bretton-Woods-System sollte einen erneuten Stillstand im Waren- und Kapitalverkehr, der primär für die Weltwirtschaftskrise vor dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht wurde, verhindern.¹⁹ Dies deckte sich gleichzeitig mit den ökonomischen Interessen der USA zum damaligen Zeitpunkt. Während die fixen Wechselkurse eine Abwertung der eigenen Währung zur Steigerung der Exportchancen unmöglich machte, sollte das 1947 abgeschlossene GATT-Abkommen (Havana-Charta), das Zollsenkungen zur Förderung des Welthandels vorsah, die angestrebte Öffnung des Weltmarktes für amerikanische Produkte sicherstellen.²⁰ Allerdings zeigte sich schnell, dass die Öffnung der Märkte allein nicht genügte. Da die vom Krieg ausgebluteten Ökonomien Westeuropas und Japans über zu wenig Finanzmittel zur Bezahlung US-amerikanischer Exporte verfügten, sah sich Washington zu weiteren Maßnahmen, Truman-Doktrin und Marshall-Plan, gezwungen: „Die einzig mögliche Lösung für die US-Entscheidungsträger bestand zu diesem Zeitpunkt darin, gleichzeitig den Wiederaufbau des europäischen und asiatischen Kapitalismus und die Prosperität der heimischen Wirtschaft über Dollarkredite zu gewährleisten, die ... über den europäischen und japanischen Export von Erzeugnissen zurückgezahlt werden sollten.“²¹

Dies stellte die demokratische Regierung jedoch vor enorme Probleme, denn sie sah sich einem republikanisch dominierten Kongress gegenüber, der auf eine strikte Begrenzung der Staatsausgaben fixiert war und für derlei „Hilfsleistun-

gen“ wenig Enthusiasmus aufbrachte. Aus diesem Grund spielte die Truman-Administration rücksichtslos die einzige Karte aus, mit der die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des Marshall-Plans locker gemacht werden konnten, den Antikommunismus: „Truman und Acheson wussten sehr wohl, dass Appelle für die Staatsraison und US-amerikanische ökonomische Interessen nicht genug sein würden sie [die Widerstände gegen den US-Expansionismus] zu überwinden. Während sie jenen Text entwarfen, der später die Truman-Doktrin werden sollte, hielten sie sich dementsprechend an Arthur Vandenberg's berühmte-berühmten Rat, ‚die amerikanische Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen‘, indem die Vorstellung einer globalen kommunistischen Bedrohung übertrieben wurde. Der Trick, so die Unterstützung des Kongresses für den Marshall-Plan zu gewinnen, funktionierte.“²²

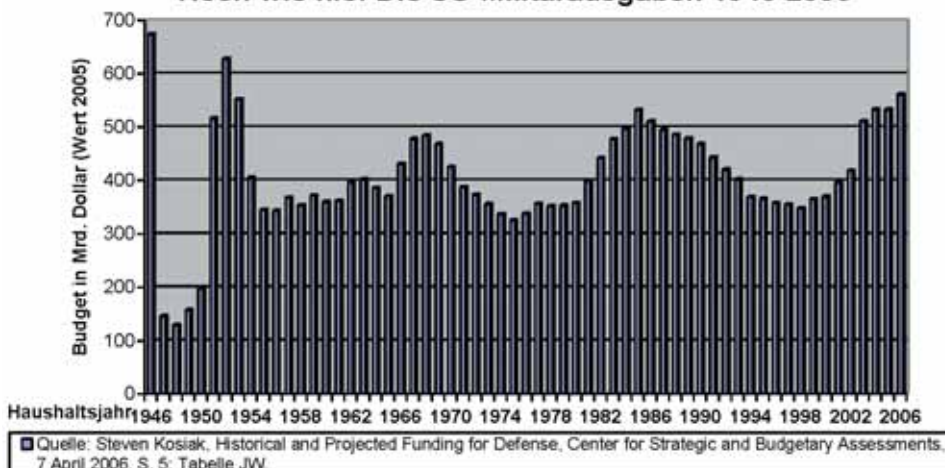
Während 1945 noch eine Mehrheit der US-Bevölkerung der Überzeugung war, eine friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion sei möglich, wandelte sich die öffentliche Meinung ab 1946 in der Folge alarmistischer - und angesichts zahlreicher Zugeständnisse Moskaus weitgehend unbegründeter - Reden verschiedener US-Entscheidungsträger.²³ Der nächste Schachzug bestand in der am 12. März 1947 verkündeten Truman-Doktrin, die es endgültig zu Washingtons Aufgabe machte, militärisch die Ausbreitung des Kommunismus wortwörtlich zu bekämpfen. Die hiermit verkündete Eindämmungspolitik (Containment) schuf darüber hinaus die nötige Alarmstimmung für die Bewilligung der Marshall-Plan-Gelder, die als Stärkung Westeuropas gegen den angeblichen sowjetischen Expansionismus verkauft wurden. Die Strategie war aus Sicht der US-Strategen auf den ersten Blick überaus erfolgreich, kurz nach der

Verkündung der Truman-Doktrin verabschiedete der US-Kongress den *European Recovery Plan*, also besagten Marshall-Plan. Bewilligt wurden schließlich 12,4 Milliarden Dollar (85 Milliarden Euro im Jahr 2005), die sicher einen Teil zur wirtschaftlichen Erholung Westeuropas beitrugen, auch wenn der durch die rasante Militarisierung ausgelöste Nachfrageschub im Zuge der Truman-Doktrin und des Korea-Krieges hier wohl entscheidender war. Natürlich war dies, entgegen den meisten heutigen Verlautbarungen, alles andere als ein selbstloser Akt, denn die Kredite wurden weitgehend an den Aufkauf von US-Exporten gebunden, sie waren somit nichts anderes als eine „großangelegte Subventionierung für die US-amerikanische Industrie und Landwirtschaft.“²⁴

Hiermit wurden aber gleichzeitig die Weichen für eine Eskalationsspirale gestellt, die schließlich direkt zu der Katastrophe in Vietnam führen sollte. Der Sowjetunion blieben die aggressiven Schritte Washingtons natürlich nicht verborgen, sie *reagierte* ihrerseits mit einer Reihe von Maßnahmen zur Festigung ihrer Machtposition, die von der Truman-Administration mit weiteren Eskalationen beantwortet wurden.²⁵ Plötzlich waren die USA in der Defensive, von Moskaus Unterstützung der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei 1948, über die im selben Jahr begonnene Berlin-Blockade, dem Sieg der Maoisten in China, bis hin zur erfolgreichen Zündung der sowjetischen Atombombe 1949, sah man sich subjektiv einem aggressiven Vormarsch und Machtgewinn der Sowjetunion ausgesetzt, an dem man aber, wie ausgeführt, alles andere als unschuldig war.

Zu dieser Zeit setzte in den USA eine regelrechte antikommunistische Hysterie ein, die ab 1948 beginnende McCarthy-Ära, die u.a. zur Entlassung von 1456 Mitarbeitern des Außenministeriums führte, die meisten davon Asienspezialisten, deren Kenntnisse später bei der korrekten Einschätzung der Lage in Vietnam sicher hilfreich gewesen wären. Parallel hierzu gewannen die radikalsten Teile der US-Elite, deren vorrangigsten Ziel die globale Vorherrschaft der USA war, mehr und mehr die Kontrolle. Spätestens 1950 fand dieser Prozess mit der Ablösung George Kennans durch Paul Nitze als Leiter der Politischen Planungsabteilung des US-Außenministeriums, der Ausarbeitung der NSC-68 (United States Objectives and Programs for National Security) sowie dem Beginn des Korea-

Hoch wie nie: Die US-Militärausgaben 1946-2006





Kriegs seinen Abschluss.²⁶ Aus Sicht der nun dominierenden Hardliner musste den sowjetischen Machtgewinnen mit einer drastischen Militarisierung begegnet werden. Für deren Finanzierung war aber angesichts der Widerstände in Kongress und Öffentlichkeit mehr nötig, als nur antikommunistische Floskeln, es brauchte einen Krieg: „Um die groß angelegte europäische und amerikanische Wiederaufrüstung sicherzustellen, die im Nationalen Sicherheitsdokument 68 vorgesehen war, das Truman im Grundsatz im April 1950 genehmigte, war mehr erforderlich ... „Wie man dieses Geld einem fiskalkonservativen Kongress im Namen des Antikommunismus abringen sollte, stellte keine kleine Herausforderung dar. Erforderlich war ein internationaler Notfall und seit November 1949 sagte Außenminister Acheson voraus, dass sich einer irgendwann im Jahr 1950 im asiatischen Randgebiet ereignen wird - in Korea, Vietnam, Taiwan oder allen drei zusammen. Zwei Monate nachdem der Präsident NSC-68 begutachtet hatte, fand diese Krise statt. Acheson sollte später sagen, dass »Korea auftauchte und uns alle rettete.«²⁷

In der Tat gelang es im Zuge des Korea-Krieges, die in NSC-68, dessen Autor Paul Nitze nicht umsonst einer der wichtigsten Ziehväter der heutigen Neokonservativen war,²⁸ anvisierte Erhöhung der Rüstungsausgaben durchzusetzen, der Kongress bewilligte einen Anstieg um 30 Prozent.²⁹ Die mit dem Korea-Krieg sprunghaft gestiegenen Rüstungsausgaben trugen dabei entscheidend zur Schaffung eines mächtigen militärisch-industriellen Komplexes bei, der dafür sorgte, dass diese Gelder auch weiterhin reichlich fließen sollten.³⁰ Die Interessen der Rüstungslobby, der US-Imperialisten und die Verstärkung antisowjetischer Ressentiments innerhalb der Bevölkerung

wie auch der US-Eliten, heizten Militarismus und Expansionismus derart an, dass dies letztlich ebenso tragisch wie logisch im Vietnam-Krieg kulminieren musste, der gleichzeitig auch eine Reorganisation der US-amerikanischen Hegemonialordnung erfordern sollte, da der Militarismus die ökonomischen Fundamente der US-Vorherrschaft langsam aber sicher zerstörte.³¹

Obwohl Washington zur Durchsetzung des Bretton-Woods-Systems seine überlegene Machtposition rigoros eingesetzt hatte,³² bot es Westeuropa und Japan zunächst jedoch als Gegenleistung substanzielle Vorteile an, um ihnen die Akzeptanz der US-dominierten Ordnung zu versüßen.³³ „Die größte Herausforderung für dieses System kam mit der politischen und ökonomischen Krise in den 1970ern: Die katastrophale Niederlage und der Zerfall der militärischen Macht Amerikas in Vietnam verband sich mit heftigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den wichtigsten Zentren der Triade - den USA, Deutschland und Japan. Die Vereinigten Staaten reagierten auf diese Krise mit umfassenden unilateralen, machtpolitischen Schachzügen, wie die Zerstörung des Bretton-Woods-Systems und das Aufzwingen des Dollarsystems, um den US-Kapitalismus gegen seine Konkurrenten zu bevorzugen.“³⁴

Die Krise der 70er und die Errichtung des Öl-Dollar-Tributsystems

Aus Sicht der US-Strategen könnte man fast sagen, dass ihr Plan ein wenig zu gut aufging. Denn das System fester Wechselkurse, festgelegt zu einem Zeitpunkt, an dem Washington einen gigantischen ökonomischen Vorsprung besaß, „berücksichtige nicht die Veränderungen bei der wirtschaftlichen Leistungskraft, so daß beispielsweise der Dollar gegenüber der

D-Mark und dem Yen, Währungen der erfolgreichsten Industriestaaten, überbewertet war. Dies belastete die US-Ausfuhren, führte zu steigender Arbeitslosigkeit, einem verlangsamten Wachstum der industriellen Produktivität in den USA und einem Abbau von industriellen Arbeitsplätzen.“³⁵

Die wirtschaftliche Erholung Westeuropas und Japans gepaart mit den horrenden Militärausgaben konnte nur eine Auswirkung haben: Seit Ende der 50er „war der US-amerikanische Anteil am weltweiten Handel rückläufig, weil die erhaltenen Industriestaaten neue Absatzmärkte eroberten ... Folglich sanken die Überschüsse in der US-Handelsbilanz. Gleichzeitig stiegen die staatlichen Zuwendungen an Drittstaaten vor allem im militärischen Bereich. Im Ergebnis reichten die Überschüsse nicht mehr aus, die Geldabflüsse auszugleichen, so dass allmählich die Rücklagen angegriffen wurden ... Folglich stiegen die Gold- und in Gold konvertierbaren Goldvorräte der europäischen Staaten und Japans stark an.“³⁶

Bereits Mitte der 60er war der US-Goldvorrat um 40% gesunken, der deshalb bereits 1964 geringer als die US-Gesamtschulden war.³⁷ Sie rasant steigenden Kosten des Vietnam-Kriegs verschärften diese Entwicklung zusätzlich erheblich. Um den Krieg in Ostasien zu finanzieren, warf Washington die Notenpresse an und brachte mehr und mehr Dollars in Umlauf, was logischerweise die Frage aufwarf, wie lange dieses Geld noch durch reale Goldreserven gedeckt werden konnte. Vor allem die europäischen Zentralbanken weigerten sich deshalb zunehmend Dollarbestände automatisch aufzukaufen und gingen gegen Ende der 60er sogar massiv dazu über, ihre Dollarreserven in Gold zurückzutauschen: „Damit wurde die eine unverzeihliche Drohung ausge-

sprochen. Europa, egal wie freundlich und indirekt, drohte zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg damit, seine ökonomische Stärke gegen die Vereinigten Staaten zu benutzen.³⁸ Da hiermit die US-Goldvorräte ebenso wie das gesamte Währungssystem schnell seinen kritischen Punkt erreichte, reagierten die Vereinigten Staaten hierauf, wie zu erwarten war, extrem empfindlich und stellten sogar die weitere Unterstützung im Kalten Krieg in Frage. „Diese Verwerfungen zeigten den Zusammenhang zwischen ökonomischer und militärischer Macht. So wurde bekannt, dass ‚die Vereinigten Staaten implizit angedroht hatten, ihre Truppen aus Westdeutschland abzuziehen ... falls die deutsche Zentralbank nicht auf ihr Recht verzichtete, ihre überflüssigen Dollars in Gold umzutauschen.‘“³⁹ Trotzdem musste US-Präsident Richard Nixon am 15. August 1971 die Notbremse ziehen, indem er das Ende der Goldbindung verkündete, die nach einem kurzen Rettungsversuch (Smithsonian-Abkommen) 1973 endgültig aufgegeben wurde.

Angesichts der wachsenden Verschuldung gab es damals nur zwei Optionen: Da man sich keinesfalls eine Radikalisierung nebst drastischer militärischer Abrüstung verordnen wollte, wie es Washington im Übrigen in einer vergleichbaren Situation nach dem Ersten Weltkrieg dem British Empire diktiert hatte und so maßgeblich zu dessen Niedergang beitrug,⁴⁰ musste eine Möglichkeit gefunden werden, sich uferlos weiter zu verschulden. Hierfür war es notwendig Staaten dazu zu bringen Dollarbestände bzw. US-Schatzanleihen zu kaufen, obwohl diese im Prinzip nunmehr nichts weiter waren, als ungedeckte Schecks. Exporte in die USA - Toyotas, BMWs, Nähmaschinen, was auch immer -, die früher einmal

buchstäblich Gold wert waren, sollten nun für bedrucktes Papier an die USA abgegeben werden, ein „exorbitantes Privileg“, wie es Charles De Gaulles damals formulierte.⁴¹

Da der Greenback nach der Beendigung des Dollar-Gold-Systems massiv unter Druck geriet und die Angst vor einer erneuten Depression umging,⁴² musste also das „Vertrauen“ in die Währung - notfalls militärisch - wiederhergestellt werden, wofür folgende Lösung gefunden wurde: „1974 handelte die Nixon-Administration die Zusicherung von Saudia Arabien aus, Öl ausschließlich in Dollars zu berechnen und ihre Überschüsse in US-Schatzanleihen zu investieren. Im Gegenzug würden die USA das saudische Regime schützen ... Dieses einzigartige Abkommen wurde ursprünglich vor dem Kongress geheim gehalten und schuf das Phänomen, das als Petrodollar-Recycling bekannt ist.“⁴³ Beim Abschluss dieses Deals war das Pentagon extrem „behilflich“, indem dem saudischen Königshaus, wie auch dem Rest der OPEC überdeutlich gemacht wurde, dass dessen Ablehnung als kriegerischer Akt gewertet und mit einer direkten US-Invasion beantwortet werden würde.⁴⁴ Seither basieren die beiden zentralen Handelsplätze für Öl und Gas, der *International Petroleum Exchange* (IPE) in London und der New Yorker *NYMEX*, auf dem Dollar.

Dieser Öl-Dollar-Mechanismus hat für die USA drei erhebliche Vorteile: *Erstens* kann die US-Regierung einfach Dollars drucken, um ihr Öl zu bezahlen. *Zweitens* müssen alle anderen Staaten den USA reale Produkte liefern, um ihrerseits an die Währung des Schwarzen Goldes zu gelangen. Hiermit wurde eine gigantische Dollarnachfrage erzeugt, die zusätzlich durch den von den USA bewusst herbei-

geführten „Ölpreisschock“ stimuliert: „Es wird immer noch allgemein angenommen, dass der gepfefferte Anstieg der Ölpreise 1973 von den Golfstaaten als Teil ihrer anti-israelischen und anti-amerikanischen Politik im Zuge des Yom Kippur-Krieges ausgelöst wurde. Wie wir heute jedoch wissen, war der Anstieg das Ergebnis des US-Einflusses auf die Ölstaaten und er ... richtete sich gegen Amerikas ‚Verbündete‘ in Westeuropa und Japan.“⁴⁵

Fortan wurden die von europäischen und japanischen Exportüberschüssen erwirtschafteten Dollars für den Ankauf von OPEC-Öl verwendet, die ihrerseits wiederum als Gegenleistung für die militärische Absicherung der OPEC-Herrscherfamilien in US-Schatzanleihen reinvestiert wurden.⁴⁶ Bis heute ist der hierdurch erzeugte Nachfrageschub gigantisch: „Täglich wird weltweit mit Öl im Wert von mehr als 5,5 Milliarden US-Dollar gehandelt. Jährlich summiert sich das auf 1.500 Milliarden US-Dollar. Durch die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis verdoppelt sich die Summe. Marktteilnehmer müssen über ausreichend Dollarreserven verfügen, um sich am Geschäft beteiligen zu können. Somit tragen der Öl- und der Gashandel zu einer erhöhten Nachfrage nach US-Dollar bei.“⁴⁷ Oder, in den Worten der *Asia Times*: „Jeder akzeptiert Dollars, weil man mit ihnen Öl kaufen kann.“⁴⁸ Der Zwang, Dollarreserven zur Bezahlung von Öl zu halten, hat zusätzlich zur Folge, dass der Greenback auch in weit größerem Maße als Reserve- und Transaktionswährung eingesetzt wird, als es US-Wirtschaftsleistung und Handelsaufkommen eigentlich nahe legen würden, was die Dollarhegemonie zusätzlich stärkt.⁴⁹

Der *dritte* und mit Abstand größte Vorteil dieser Dollarhegemonie liegt schließ-



lich darin, dass sich die USA weiterhin nahezu beliebig verschulden können, wie die *Kreditanstalt für Wiederaufbau* verdeutlicht: „Da die Auslandsschulden der USA ganz überwiegend in US-Dollar denominated sind, können die Vereinigten Staaten faktisch nicht zahlungsunfähig werden, selbst wenn das Ausland – aus welchen Gründen auch immer – kurzfristig die Bezahlung aller Schulden forderte und alles liquidierbare Auslandskapital abzöge. Die Notenbank könnte Dollar im benötigten Ausmaß bereitstellen.“⁵⁰ Aufgrund dieser Vorteile musste unter allen Umständen sichergestellt werden, dass sich die OPEC-Staaten weiter an das System des Petrodollar-Recycling hielten, was Nixons Außenminister Henry Kissinger zu folgender Erkenntnis führte: „Erdöl ist viel zu wichtig, als dass man es den Arabern überlassen könnte.“⁵¹ Genau aus diesem Grund stellt die Kontrolle des Persischen Golfes spätestens seit dieser Zeit das Alpha und Omega der US-Außenpolitik dar.⁵²

Mit den weit reichenden Maßnahmen Anfang der 70er hatten die USA die Erosion ihrer Vormachtstellung erfolgreich aufgehalten und ein Tributsystem etabliert, das für über 30 Jahre weitgehend unbestritten ihre Führungsposition aufrecht erhalten sollte. Erst in jüngster Zeit nehmen die Widerstände gegen diese Hegemonialordnung wieder massiv zu.

(Teil II im nächsten AUSDRUCK)

Anmerkungen:

¹ In diesem Beitrag wird der Hegemoniebegriff nicht-gramscianisch verwendet. Er bezeichnet damit eine Vorherrschaft, die nicht auf Konsens, sondern auf Zwang beruht.

² U.S. Census Bureau, *U.S. Trade in Goods*



and Services - Balance of Payments (BOP), March 9, 2006, URL: <http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/historical/gands.txt> (22.05.06).

³ Zahlen vom 18. Mai 2006. Vgl. *Bureau of the Public Debt: The Debt to the Penny*, URL: <http://www.publicdebt.treas.gov/opd/opdpenny.htm> (18.05.06).

⁴ *2005 Financial Report of the United States Government*, S. 28, URL: <http://www.fms.treas.gov/fr/05frusg/05frusg.pdf> (22.05.06). Ausgeklammert sind hier sogar noch die Kosten für die geplante Teilprivatisierung des Rentensystems, die mit mindestens 754 Milliarden Dollar veranschlagt werden. Vgl. Ibrahim Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“, in: *Le Monde Diplomatique*, 11.03.05.

⁵ Jürgen Elsässer, „Wert Geld und Imperialismus“, in: ders., *Deutschland führt Krieg: Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, S. 67-82, S. 71 weist bspws. darauf hin, dass die US-Verschuldung in Relation zum Bruttosozialprodukt weit höher ist, als die der damals für bankrott erklärten DDR.

⁶ Eingerechnet sind hier sowohl die Kosten für das US-Nuklearwaffenarsenal, die im Haushalt des Energieministeriums versteckt werden, als auch die bislang fest für den „Krieg gegen

den Terror“ beantragten Gelder. Vgl. Steven M. Kosiak, *Analysis of the FY 2007 Defense Budget Request*, Center for Strategic and Budgetary Assessments, April 2006, S. i.

⁷ Lawrence H. Summers, „America Overdrawn“, in: *Foreign Policy*, July/August 2004, S. 46-49, S. 48.

⁸ Zit. nach „Bush Sought ‚Way‘ To Invade Iraq“, *CBS News*, 11.01.04.

⁹ *A discussion with Michael Hudson over his book Super Imperialism*, URL: http://michael-hudson.com/books/super_imperialism_alist_discussion.html (22.05.06).

¹⁰ Vgl. *Duck, Duck, Goose: Financing the War, Financing the World*, Interview with Michael Hudson, Counterpunch, 23.04.03 und André Gunder Frank, „The Naked Hegemon, Part 1: Why the Emperor Has No Clothes“, *Asia Times*, 06.01.05.

¹¹ Vgl. Jürgen Wagner, *Das ewige Imperium*, Hamburg 2002.

¹² „Die These besagt, dass die USA über den Dollar als internationale Reservewährung der restlichen Welt eine Art von Steuer auferlegen, vergleichbar etwa den Tributzahlungen, die unterworfenen Länder früher zu leisten hatten. Das sei nur deshalb möglich, weil Erdöl ausschließlich auf Dollar-Basis gehandelt wird.“

Die EU muss ihre Beziehungen zu Lateinamerika grundlegend verändern

Gerade im Lichte des Lateinamerika-Gipfels der Regierungschefs von Lateinamerika, der Karibik und der Europäischen Union, der im Mai 2006 stattfand, muss die Europäische Union ihre Beziehungen zu Lateinamerika grundlegend verändern. Denn bei den Verhandlungen wurde deutlich, dass die EU Menschenrechts- und Demokratieforderungen nicht zu zentralen Anliegen der biregionalen Abkommen mit Lateinamerika macht, sondern vielmehr ihren wirtschaftlichen Freihandelsinteressen unterordnet. Praktisch nicht vorhanden sind in fast allen EU-Abkommen Hinweise auf die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen in einen strukturierten und umfassenden Dialogprozess. Es muss endgültig gebrochen werden

mit dem Irrglauben, dass noch mehr Handelsliberalisierung zu Armutsverringerung und Aufhebung der sozialen Ungleichheiten führt. Die vergangenen 20 Jahre neoliberaler Umbau in Lateinamerika haben das Gegenteil bewiesen. Die EU spielt dabei als „global player“ eine bedeutende Rolle und fördert aktiv eine Entwicklung in vielen Ländern Lateinamerikas, die von Neoliberalismus und Militarisierung geprägt ist.

Für eine Entwicklung von unten bleibt dagegen kein Raum. Dabei gibt es genügend soziale Initiativen, die sich in lateinamerikanischen Ländern dafür einsetzen. Einige von ihnen konnte ich im vergangenen Jahr während meiner Rundreise in Südmexiko besuchen. Diese Basisinitiativen kämpfen insbesondere gegen eine

Beziehung zwischen Lateinamerika und den EU-Staaten, die auf den Ideen des ungebremsten neoliberalen Freihandels aufbaut.

Nicht akzeptabel ist, dass die EU sich für weitere Handelserleichterungen mit Lateinamerika engagiert, aber die Augen vor gravierenden Menschenrechtsverletzungen verschließt, wie beispielsweise dem übertriebenen und unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt gegen die Bewohner der Gemeinde von San Salvador Atenco in Mexiko vergangene Woche, sowie gegen die sozialen Initiativen welche sich in der demokratischen und friedlichen ‚Anderen Kampagne‘ zusammengefunden haben.

Tobias Pflüger

Vgl. Rainer Sommer, *Iranische Öl-Börse*, Telepolis, 16.03.06. Zur Tributpflicht der Europäer äußerte der ehemalige Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht*, Weinheim und Berlin 1997, S.92 überdeutlich: „Tatsache ist schlicht und einfach, dass Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.“

¹³ Matthias Streitz, „Die Legende vom Petro-Euro-Krieg“, *Spiegel Online*, 10.03.06.

¹⁴ Peter Schwarz, *Europa auf Ration: Der Krieg in Afghanistan und das Dilemma des europäischen Kapitalismus (Teil 1)*, World Socialist Web Site, 22.03.02.

¹⁵ Die Gruppe der überzeugten US-Imperialisten umfasste bspws. Dean Rusk, Paul Nitze und John Foster Dulles. Sie wird beschrieben in Jack Snyder, *Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca 1991, S. 270-274.

¹⁶ Michael Hudson, *Super Imperialism: The Economic Strategy of American Empire*, London 2003², S. 142; Die Sorge vor einem Linksruck als eine der wesentlichen Triebfedern der damaligen US-Außenpolitik betonen auch William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, New York/London 1988⁴ und Melvyn P. Leffler, *A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992, S. 21.

¹⁷ Zit. nach Williams, *Tragedy*, S. 236. Vgl. auch Walter LaFeber, *America, Russia and the Cold War*, New York 1997⁸, S. 9f. und Stephen E. Ambrose, *Rise to globalism: American foreign policy since 1938*, New York 1988⁵, S. xiii.

¹⁸ Elmar Altwater, *Thesen zum Bretton Woods System und seinem Scheitern*, URL: <http://www.sowifo.fu-berlin.de/osi/people/altwater/IMF.doc> (10.05.06).

¹⁹ Vgl. Hudson, *Superimperialism*, S. 236 und Werner Biermann, *Die Herren der Welt*, Köln 2000, S. 38.

²⁰ Vgl. zum GATT Hudson, *Superimperialism*, S. 213-226.

²¹ Vgl. *A discussion with Michael Hudson*. 1947 konnten die US-Handelspartner gerade einmal die Hälfte der erforderlichen Geldbeträge in Höhe von 16 Mrd. für Washingtons Exporte aufbringen. Vgl. Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 40.

²² Giovanni Arrighi, „Hegemony Unravelling“, in: *New Left Review* No. 32/2005, S. 23-80, S. 24.

²³ Vgl. Charles A. Kupchan, *The Vulnerability of Empire*, Ithaca 1994, S. 451ff; Vgl. zu den sowjetischen Zugeständnissen Melvyn P. Leffler „The American Conception of National Security and the Beginnings of the Cold War, 1945-48“, in: *American Historical Review* 89 (1984), S. 346-381.

²⁴ Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 41; Entscheidend für den wirtschaftlichen Aufschwung Westeuropas war jedoch die mit der Truman-Doktrin eingeleitete und mit dem Korak- und Vietnam-Krieg nochmals

forcierte Erhöhung der „Verteidigungsausgaben“, die einen Nachfrageschub auslösten, der vor allem der europäischen und japanischen Exportwirtschaft zugute kam. Ebd., S. 42 Siehe auch *A discussion with Michael Hudson*.

²⁵ Dass die sowjetische Politik zur damaligen Zeit eher reaktiv als offensiv war, arbeitet etwa das diesbezügliche Standardwerk von Leffler, *A Preponderance of Power* heraus.

²⁶ Vgl. LaFeber, *America, Russia and the Cold War*, S. 86 und Kupchan, *The Vulnerability of Empire*, S. 455. Für Leffler, *A Preponderance of Power*, S. 356 war dagegen der Radikalisierungsprozess bereits 1947 abgeschlossen.

²⁷ Arrighi, „Hegemony Unravelling“, S. 24f. Das Zitat stammt aus Thomas McCormick, *America's Half-Century: United States Foreign Policy in the Cold War*, Baltimore 1989, S. 98. Vgl. auch LaFeber, *America, Russia and the Cold War*, S. 117 und Hudson, *Superimperialism*, S. 25. Ambrose, *Rise to Globalism*, S. 130 sieht sogar die Tatsache, dass der Krieg trotz faktischem Stillstand seit 1951 bis 1953 nicht formal beendet wurde dadurch motiviert, dass ansonsten die Gelder für NSC-68 in Gefahr gewesen wären.

²⁸ Beispielsweise von Richard Perle, Paul Wolfowitz, James Woolsey, Frank Gaffney und Thomas Donnelly. Vgl. Larry Chin, *The deep politics of regime removal in Iraq: Overt conquest, covert operations Part Three: The US war lobby and the disciples of NSC-68*, *Online Journal*, November 7, 2002.

²⁹ Vgl. zu NSC-68 auch LaFeber, *America, Russia and the Cold War*, S. 96-99, Leffler, *A Preponderance of Power*, S. 355-360 und Ambrose, *The Rise to Globalism*, S. 113-115.

³⁰ Vgl. ebd. S. 126f.

³¹ Snyder, *Myths of Empire*, S. 281 und Kupchan, *The Vulnerability of Empire*, S. 451; Hudson, *Superimperialism*, S. 25. Auch Michael Hudson, *Superimperialism*, S. 151 weist auf das Paradox der damaligen US-Politik hin: „Die große Ironie der amerikanischen Nachkriegsdiplomatie ist, dass das Streben nach militärischer Sicherheit, um zu gewährleisten, dass Russland das System nicht von Außen destabilisiert, die Ökonomie des Systems von Innen her erodierte.“

³² Bspws. indem 1945 ein Kredit für das faktisch bankrotte Großbritannien an die Aufhebung der imperial preference, die Zoll- und Handelsbegünstigungen innerhalb des British Empires vorsah, gekoppelt und das Land zum Beitritt in IWF und Weltbank gezwungen wurde. Vgl. Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 39. Hudson, *Superimperialism*, S. 119-140.

³³ Vgl. das Standardwerk von Geir Lundestad, „*Empire*“ by Integration. *The United States and European Integration 1945-1997*, New York 1998.

³⁴ Peter Gowan, „The American Campaign for Global Sovereignty“, in: *Socialist Register*, London 2003, S. 9-22, S. 6; Vgl. auch David Harvey, *Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003, S. 11f.

³⁵ Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 81.

³⁶ ebd. S. 78. Siehe auch Arrighi, „Hegemony Unravelling“ S. 69f.

³⁷ Hudson, *Superimperialism*, S. 26.

³⁸ Ebd., S. 281.

³⁹ Ebd., S. 288. Das Zitat stammt aus der *New York Times*, 12.05.71. Vgl. auch Schwarz, *Europa auf Ration*.

⁴⁰ Vgl. Hudson, *Superimperialism*, S. 56-118.

⁴¹ Zit. nach Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“.

⁴² Vgl. David E. Spiro, *The Hidden Hand of American Hegemony: Petrodollar Recycling and International Markets*, Ithaca 1999, S. 2.

⁴³ William Clark, *Revisited - The Real Reasons for the Upcoming War with Iraq: A Macroeconomic and Geostrategic Analysis of the Unspoken Truth*, January 2003 (updated January 2004), URL: www.ratical.org/ratville/CAH/RRIraqWar.html (20.05.06). Diese Analyse wird durch den Insiderbericht von John Perkins, *Bekenntnisse eines Economic Hit Man*, München 2005 bestätigt.

⁴⁴ Vgl. Paul Reynolds, „Oil and conflict - a natural mix“, *BBC News Online* 20.04.04: „Ein Geheimdienstbericht der britischen Regierung entüllte im Januar [2004] dass Washington 1973 einen Plan zur Eroberung der Ölfelder Saudi Arabien, Kuwaits und Abu Dhabis angefertigt hatte.“

⁴⁵ Peter Gowan, *The Globalization Gamble: The Dollar-Wall Street Regime and its Consequences*, URL: http://www.attacberlin.de/fileadmin/Sommerakademie/Gowan_Dollar-WallstreetRegime.pdf (20.05.06), S. 9.

⁴⁶ Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 231f.

⁴⁷ „Die geplante Teheraner Öl Börse kann zum Startschuß für die Ablösung des Dollars als Weltleitwährung werden.“, Interview mit Behrooz Abdolvand, in: *Eurasisches Magazin* 3/2006, S. 9-11, S. 10.

⁴⁸ Henry Liu, „US dollar hegemony has got to go“, *Asia Times Online*, 11.04.02.

⁴⁹ Vgl. Cóilín Nunan, „Petrodollar or Petroeuro? A New Source of Global Conflict“, in: *Feasta Review*, No. 2, November 2004, S. 125-129.

⁵⁰ Zit. nach Elsässer, „Wert, Geld und Imperialismus“, S. 72.

⁵¹ Zit. nach Franz Schellhorn, „Vom Heiligen Krieg um das Öl und Europas Heuchelei“, *Die Presse*, 02.06.2004; Vgl. auch Spiro, *Hidden Hand*, S. 4.

⁵² Vgl. bspws. Michael Klare, *Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict*, New York 2002, S. 51-80.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154